

Niedersächsischer Philologenverband fordert Arbeitszeituntersuchung vom Kultusministerium sonst Klage vor dem VerwG

Beitrag von „Mikael“ vom 16. August 2016 17:50

Zitat von Meike.

Wenn du dir die Reaktionen der Lehrer anguckst, zum Beispiel exemplarisch hier im Forum, wirst du leicht erkennen, **warum** das nicht sehr einfach durchzusetzen ist. **Viele** sind der Meinung, sie bekämen mehr als genug Gehalt, andere finden, Streiks gehen gaaaar nicht, wiederum andere finden, es müsste mehr und länger gestreikt werden, gehen dann aber nicht hin... So lange die Lehrer sich - zum Beispiel durch Lobbyverbände - so gegeneinander ausspielen lassen, dass der eine gegen den anderen arbeitet (A13 für Grundschullehrer?

Da muss ich dir teilweise Recht geben. Die Reaktion der Kolleginnen und Kollegen auf die andauernden Versuche der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und dagegen gerichtete Maßnahmen ist teilweise unterirdisch.

Ich erinnere mich noch an die Reaktion einer Teilzkollegin (sic!), als sich die rechtswidrige Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für die Gymnasiallehrkräfte ankündigte. Sinngemäß; "Dann reduziere ich halt um eine Stunde. Dann passt es wieder." Auch bei der zentralen Demonstration gegen die Erhöhung in Hannover hieß es im Vorfeld bei vielen: "Geht nicht", "Private Termine" usw.

Viele Lehrkräfte sind leider in ihrem kleinen Mikrokosmos gefangen, der dann leider noch in der irrigen Vorstellung gipfelt, möglichst bei allen Schülern beliebt zu sein, und ALLES, was dieses Ziel gefährdet erst einmal abzulehnen. DAS scheint wichtiger zu sein als für die eigenen Arbeitsbedingungen einzutreten. Ist wohl eine Folge des Einzelkämpfertums, da das einzige (positive) Feedback, das man oft erhält, das von den Schülern ist.

Und das Ausspielen der Lobbyverbände gegeneinander: Da ist die GEW sicherlich nicht ganz unschuldig dran. Das kann die nämlich auch sehr gut.

Mein Hauptkritikpunkt an der GEW ist ja (habe ich schon mehrmals geschrieben), dass sie nicht in der Lage ist, ihre ideologischen bildungspolitischen Vorstellungen von echter Gewerkschaftarbeit zu trennen: Eine Gewerkschaft MUSS zuallererst einmal für die Arbeitsbedingungen (wozu auch das Gehalt zählt) ihrer Mitglieder eintreten. Alles andere, sei es der "Traum" von der Ganztagschule, der Gesamtschule oder der Inklusion hat sich dem unterzuordnen. Und insbesondere die Spitzen-GEW-Funktionäre können das offensichtlich nicht,

weshalb mein Vergleich der GEW mit dem "Schoßhündchen der rot-grünen Landesregierung" passend ist. An der GEW-Basis mag das anders sein, aber die ideologische Verirrung der GEW als Ganzes wird von den Landesregierungen ausgenutzt: Die führen dann eben freihändig die von der GEW gewünschte Ganztagsschule, Gesamtschule und Inklusion ohne ausreichende Ressourcen ein, nach dem Motto: "Habt ihr ja so gewollt. Also jammert jetzt nicht herum!"